

Wahlprüfsteine des Nachbarschaftsrates KMA II e.V.
Antworten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin-Mitte (BVV)
Eingang am 03.08.2026

I. Das Grün im Wohngebiet erhalten und ergänzen

I.1. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass mindestens 50 große Bäume (sog. Großgrün) auf den Grünflächen des Wohngebietes KMA II in den kommenden zwei Jahren nachgepflanzt werden?

Die aus dem Klimaanpassungsgesetz entstehenden Ausgleichbedarfe werden nicht immer direkt vor Ort stattfinden können, hierzu braucht es im gesamten Bezirk eine offene Diskussion über mögliche Pflanzstandorte als Ausgleichsflächen. Die Pflanzung von Bäumen im Bereich der KMA wird im Wesentlichen auf privaten Flächen erfolgen müssen, da es nur wenig öffentliches Grün gibt. Wir werden mit den Fachämtern darauf hinwirken, dass die Eigentümerinnen ihre Flächen für Ausgleichbedarfe aus anderen eigenen Projekten nutzen und ggf. auch für Dritte bereitstellen.

I.2. Auf welche Weise werden Sie sich dafür einsetzen, dass bisher nicht realisierte, im ISEK vorgesehene Maßnahmen zur Aufwertung mehrerer Grünflächen zu Orten mit Aufenthaltsqualität für Seniorinnen und Senioren in den kommenden Haushaltsplan aufgenommen werden?

Die Mittel, die im ISEK enthalten sind werden überwiegend über die Städtebauförderkulisse finanziert. Hauptproblem und großer Kritikpunkt unsererseits war die zu langsame Vergabe von Planungs- und Bauleistungen im Amt für Stadtentwicklung und auch die Frage der Berücksichtigung der personellen Kapazitäten beim Straßen- und Grünflächenamt bei der Aufstellung von Fördergebietskulissen. Ähnliche Probleme erkenne wir auch beim Amt für Facility Management bei Sanierung und Instandhaltung von Bezirksgebäuden wie Schulen und Bibliotheken. Die Mittel waren und sind also vorhanden, allein die Amtsgestaltung hängt vom Erfolg der Maßnahme ab. Deshalb wollen wir im Falle einer Grün geführten / beteiligten Zählgemeinschaft die Arbeit der Ämter diesbezüglich stärker steuern und priorisieren, damit die Maßnahmen aus dem ISEK auch vollständig durchgeführt werden können. Hierzu braucht es auch eine Unterstützung der Bezirke mit Personal bei den umsetzenden Fachämtern oder Kooperationen , wie zum Beispiel der GrünBerlin. Im Falle der Schillingpromenade ist es so gelungen, dass die Maßnahme durchgeführt werden kann. Diesen Weg wollen wir auch in Zukunft stärken.

Eine Vereinfachung des Vergaberechts ist allerdings ebenfalls dringend erforderlich, um eine bessere Umsetzungsquote zu erreichen. Dafür brauchen

wir Reformen beim Vergaberecht auf Landes- und Bundesebene für die wir uns einsetzen werden.

I.3. Wie wollen Sie erreichen, dass bei künftigen Baumaßnahmen die vorhandenen Bäume nicht gefällt, sondern bei den Planungen als „zu erhalten“ berücksichtigt werden?

Wir haben uns klar gegen die Fällung von 100 ausgewachsenen und gesunden Bäumen entlang der Karl-Marx-Allee ausgesprochen, weil wir der Überzeugung sind, dass die Raumbedarfe durch Neubauten auf Parkplätzen bzw. versiegelten Flächen ohne Baumfällung nachgewiesen werden können. Wir sind der Überzeugung, dass das Klimaanpassungsgesetz bei konsequenter Würdigung in der Umsetzung ein sog. Game Changer bei Klimaanpassungsmaßnahmen auch für das Gebiet der KMA II ist. Das wird den vulnerablen Gruppen Kinder und ältere Menschen besonders zu Gute kommen und ist ein zentraler Aspekt Grüner Klimaanpassungsstrategien – hier Generationengerechtigkeit. Kein Baum darf gefällt werden, ohne dass nicht jede Alternative geprüft worden ist. Zudem ist beim Klimaanpassungsgesetz eine klare Zugabe von Baumbeständen einzuhalten. Das werden allein über 18.000 Bäume bis 2040 allein im Bezirk Mitte sein. Wir wollen gemeinsam mit den Ämtern dafür Sorge tragen, dass dieser Aufwuchs auch stattfindet. Wir werden mit den Ämtern für den Bereich der KMA II eine Strategie erarbeiten, um mit den Eigentümerinnen zusammen die weitere Entwicklung zu steuern, das betrifft insbesondere eine kritische Betrachtung der derzeitigen Planungen für Nachverdichtung und auch eine Ausarbeitung für die Potenziale von Neupflanzungen auf privaten Grundstücken.

I.4. Wie werden Sie im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner durchsetzen, dass die Ver- und Entsorgung des HdS-Areals, auch nach Fertigstellung, nicht durch die Berolinastraße geleitet wird?

Das Areal des Haus der Statistik wird schon in der derzeitigen Planung je nach Gebäude von verschiedenen Straßen erschlossen. Dies schließt für bestimmte Bereiche (die Wohngebäude) auch die Berolinastraße mit ein. Die Ver- und Entsorgung wird nicht „nur“ durch die Berolinastraße erfolgen, aber auch. Zentral wird aber sein, dafür zu sorgen, dass die dort entstehenden Verkehre direkt wieder auf die Mollstraße fahren und nicht „durch“ das Quartier – hierfür werden wir uns über die entsprechenden Fachämter einsetzen.

II. Der Baumbestand im Quartier

II.1. Was gedenken Sie zu tun, um die Durchsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Pflanzung und zur Pflege der vielen neuen Bäume in Berlin und Berlin-Mitte zu sichern?

Wir stimmen uns hierzu intensiv mit unserem Stadtrat für den Öffentlichen Raum ab und erwarten, dass auch der zukünftige Stadtrat für Stadtentwicklung Maßnahmen zur Klimaanpassung und insbesondere den Schutz und den Aufwuchs neuer Bäume gerade in urbanen Quartieren wie die Karl-Marx-Alle / KMA II vorantreibt. Für die Pflege der öffentlichen Grünflächen, für die der Bezirk Mitte zuständig ist, wollen wir weiterhin eine stabile Finanzierung und Hinterlegung der Mittel im Bezirkshaushalt ermöglichen, weil das wesentlicher Bestandteil guter Stadtentwicklung ist und ein entscheidender Bestandteil der Klimaanpassungsmaßnahmen darstellt, damit der öffentliche Raum auch von allen ohne Gefahr genutzt werden kann. Der Aufwuchs zusätzlicher Bäume im Bezirk ist durch das Klimaanpassungsgesetz mit 14.200 bis 2040 vorgesehen. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Baum erhalten bleibt und wir jede Fläche nutzen, um neue Bäume zu pflanzen. Das wollen wir mit den Bewohnerinnen und Bewohnern im Gebiet der KMAII gemeinsam erreichen.

II.2. Wie erreichen wir gemeinsam, dass das Bezirksamt Mitte unverzüglich damit beginnt, geeignete Stellen im Gebiet KMA II für die entsprechend dem Berliner Klimaanpassungsgesetz zu pflanzenden Straßenbäume auszuweisen, um keine Zeit zu verlieren? (Siehe Antwort zu 1.)

II.3. Und sollte, Ihrer Meinung nach, schnellstmöglich ein Verzeichnis derjenigen Baumscheiben veröffentlicht werden, auf denen Bürgerinnen und Bürger ab Anfang 2028 sog. „Entwicklungsbäume“ pflanzen dürfen?

Das grün geführte Straßen- und Grünflächenamt wird dieses Jahr die Baumscheiben identifizieren, die derzeit nicht bepflanzt sind, aber bepflanzt werden können. Wir werden das Bezirksamt auffordern eine digitale Plattform zu erarbeiten auf dem diese Baumscheiben dargestellt sind, um die Bepflanzung durch Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

II.4. Wie wollen Sie gewährleisten, dass die Bezirksämter die ihnen übertragenen Aufgaben zur Baumpflege leisten können? Werden Sie sich dafür einsetzen, die Bezirksämter mit zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen auszurüsten?

Die Frage wie mit der großen Menge neu zu pflanzender Bäume in der Pflege in Zukunft umgegangen werden wird, ist einer der Hauptfragen in der Abstimmung zwischen den verschiedenen beteiligten Ebenen von Bezirk und Land. In enger Abstimmung mit dem Stadtrat für den öffentlichen Raum setzen wir uns auf allen Ebenen für eine realistische Analyse der Aufgaben und daraus entstehenden Personalbedarfe und Mehrmittel ein.

III. Medizinische Versorgung

III.1. Was wollen Sie konkret unternehmen, um wieder eine wohnortnahe ambulante medizinische Versorgung im Quartier KMA II zu schaffen, und wie werden Sie dafür sorgen, dass im Rahmen von Neubaumaßnahmen ausreichend Flächen für medizinische und therapeutische Versorgung verbindlich mitgeplant und langfristig gesichert werden?

Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass in Bebauungsplänen auch Flächen für ärztliche und therapeutische Praxen vorgesehen werden. Da das Gebiet KMA II bereits weitgehend bebaut ist, werden wir dafür allerdings leider nicht so viele Gelegenheiten haben, wie wir es uns wünschen würden. Darüber hinaus hat der Bezirk leider keine Möglichkeiten, die Entscheidungen von Ärzt*innen und Therapeut*innen darüber, wo sie sich niederlassen, und die Planung der Kassenärztlichen Vereinigung zu beeinflussen oder gar zu steuern.

III.2. Welche Maßnahmen planen Sie, um gesundheitliche Folgen von Hitzeperioden und anderen klimabedingten Belastungen insbesondere für vulnerable Gruppen im Quartier abzufedern?

Wir fordern seit mehreren Jahren die Erstellung und Umsetzung eines Hitzeschutzplans für den Bezirk Mitte. Das Gesundheitsamt hat diesen weiterhin noch nicht erstellt, geschweige denn umgesetzt. Es verweist darauf, dass es erst den Plan des Senats abwarten musste. So nachvollziehbar das ist, rechtfertigt es unseres Erachtens nicht, dass es bisher nicht einmal Dinge tut, die auch ohne Plan möglich sind, wie z.B. auf seiner Webseite zum Themenfeld Hitze zu informieren. [<https://www.berlin.de/hitzeschutz/bezirksaktivitaeten/mitte/> Seite im Aufbau... seit immer]

III.3. Wie wollen Sie sicherstellen, dass gesundheitliche Versorgung und Unterstützung auch in Krisen- und Katastrophensituationen (etwa bei längeren Stromausfällen, extremen Wetterlagen oder Pandemien) für die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers erreichbar und funktionsfähig bleiben?

Das Bezirksamt koordiniert im Katastrophenfall die Aktivitäten der Feuerwehr und anderen Hilfsorganisationen und sorgt für Aufenthalts- und Übernachtungsmöglichkeiten für Menschen, die ihre Wohnung verlassen müssen. Außerdem stellt es den Menschen an den Katastrophen-Leuchttürmen Informationen und Strom für Mobiltelefone und ähnliche wichtige Geräte bereit. Darüber hinaus informiert es online über die Lage. Im Fall einer Pandemie ist das Gesundheitsamt für die Verfügung von Kontaktpersonen und gemeinsam mit dem Ordnungsamt für die Durchsetzung der vom Land verhängten Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung verantwortlich. Wir setzen uns dafür ein, dass es dafür die notwendigen Ressourcen bekommt und die Konzepte aktuell sind.

III.4. Welche Bedeutung messen Sie der öffentlichen Daseinsvorsorge in innerstädtischen Wohnquartieren wie KMA II insgesamt bei, und wie wollen Sie verhindern, dass soziale Infrastruktur zunehmend wirtschaftlichen Verwertungsinteressen untergeordnet wird?

Die Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge in der KMA II haben in den letzten Jahrzehnten gelitten. Ein Teil der Projekte aus der Städtebauförderung adressiert diese Missstände, zum Beispiel im Hinblick auf Spielplätze. Unsere Fraktion setzt sich außerdem kontinuierlich in Anträgen für die Verbesserung der Daseinsvorsorge ein. Wir blicken optimistisch auf die neuen Akteure im Gebiet Haus der Statistik, Rut Wohnen, die großes Interesse bekunden, die Struktur vor Ort zu verbessern.

IV. Soziokulturelle Infrastruktur

IV.1. Welche Priorität messen Sie der Realisierung eines der für die KMA II bereits projektierten Pavillons innerhalb der kommenden Wahlperiode bei, und wie wollen Sie die dafür erforderliche Finanzierung sicherstellen? Stimmen Sie zu, dass in einem solchen Pavillon auch Raum für eine demokratisch verfasste Vereinsarbeit des Wohngebiets sein sollte?

Selbstverständlich unterstützen wir das Anliegen von demokratisch verfasster Vereinsarbeit in den geplanten Pavillons. Leider war die Finanzierung der geplanten Pavillons war zuletzt durch den regierenden Berliner Senat nicht mehr gesichert. Wir wollen die Finanzierung weiterhin ermöglichen. Detaillierte Nutzungsszenarien sind uns durch das Stadtplanungsamt nicht mitgeteilt worden, aber wir setzen uns dafür ein, dass Vereine, Träger und andere gemeinnützige Strukturen aus dem Fördergebiet Räume durch ein transparentes Bewerbungsverfahren erhalten können. Uns ist wichtig, dass Akteure berücksichtigt werden, die aus den Menschen vor Ort bestehen. Wir möchten gemeinsam mit Ihnen und dem Bezirksamt sowie der Stadt Berlin noch einmal prüfen, ob es Ausweichstandorte etwa auf Parkplätzen oder Flächen außerhalb des historischen Baumbestandes gibt. Das Stadtplanungsamt hatte uns auf Nachfrage mitgeteilt, dass für die Errichtung der Pavillons gut 100 ausgewachsene Bäume gefällt werden müssten. Sie haben in den vorangegangenen Fragen vollkommen richtig auf das Erfordernis weiterer Baumpflanzungen im Fördergebiet verwiesen. Insgesamt sollen ca. 18.000 Bäume bis 2040 allein in Berlin-Mitte durch das Klimaanpassungsgesetz geschaffen werden. Darunter wichtige kühlende und zusätzliche Bäume auch in Ihren Kiez.

IV.2. Wie wollen Sie die seit Jahren bestehenden Defizite in der soziokulturellen Infrastruktur der KMA II konkret beheben, insbesondere bei den bislang nicht

umgesetzten Angeboten für Senioren-, Jugend- und Begegnungsarbeit aus dem ISEK 2017?

Wir sind uns dem eklatanten Mangel an soziokultureller Infrastruktur in der KMA II sehr bewusst. Unsere Fraktion setzt sich mit Anträgen (z.B. Seniorenbegegnungsstätte im Haus der Statistik, siehe Anhang) auch weiterhin dafür ein, diesen zu beheben.

Wie bereits erwähnt blicken wir dieses Jahr optimistischer in die Zukunft. Weil die Chance besteht, einen Teil der Bedarfe auf den neuen Flächen des Hauses der Statistik, Rut Wohnen und eventuell auch bei der weiteren Sanierung des Kino International zu decken. Mit den Akteuren sind wir stetig im Gespräch.

V. Sichere Fuß- und Fahrradwege

V.1. Welche Lösungsvorschläge sehen Sie für die Durchwegung für Radfahrende aus Richtung Mollstraße über die Berolinastraße zur Schillingstraße?

Die Durchwegung für Radfahrende von der Mollstraße über die KMA und in Richtung der Schillingstraße ist derzeit durch den breiten Gehweg unterbrochen, gleichzeitig ist die Route Teil des Radverkehrsnetzes. Wir werden uns beim zuständigen Fachamt mit unserem Stadtrat dafür einsetzen hier eine bauliche Anpassung vorzunehmen, die spätestens mit der Errichtung der Fertigstellung der neuen Schillingpromenade abgeschlossen ist.

V.2. Welche Lösungsvorschläge sehen Sie für die derzeit unzureichende und unterbrochene Radverkehrsführung von der Schillingstraße über die Schillingpromenade in Richtung Holzmarktstraße/Jannowitzbrücke, und wie wollen Sie im Rahmen der anstehenden Neugestaltung der Promenade ein durchgängiges und sicheres Wegesystem für Fußgänger und Radfahrer gewährleisten?

Die Neugestaltung der Schillingpromenade hat das Ziel eine Lösung für die bisher mangelhafte durchgehende Führung von Fußgängern und Radfahrern zu finden, hierzu läuft derzeit ein Wettbewerb. Die angrenzenden Hauptstraßen sind leider in der Zuständigkeit der Hauptverwaltung und nicht Gegenstand der Planungen - hier sehen wir aber großen Anpassungsbedarf und werden mit bei der zuständigen Senatsverwaltung für Anpassungen werben. Ein gutes Miteinander von Fuß- und Radverkehr und vor allem ein Schutz der zu Fuß gehenden vor Auto- und Radverkehr ist uns als Grüne sehr wichtig.

V.3. Auf der Karl-Marx-Allee gibt es auch in Höhe „Haus am Zentrum“ (ehemals „Haus der Gesundheit“) keinen Fahrradwegabzweig zur Karl-Marx-Allee, sodass Fahrradfahrer die Fußgängerpromenade überqueren. Wie wollen Sie die Radverkehrsführung in diesem Bereich so gestalten, dass eine sichere und

konfliktfreie Verbindung zwischen Berolina-/Weydemeyerstraße und der Karl-Marx-Allee entsteht?

Analog zur Querung von der Mollstraße zur KMA sehen wir auch hier nötige Anpassungen und werden diese in die Planungsprozesse der nächsten Jahre einbringen.

VI. Katastrophenschutz

VI.1. Worin bestehen die Zuständigkeiten des Stadtbezirks Mitte im Falle einer Katastrophe sowie in der Vorbereitung darauf? Bitte im Einzelnen konkret aufzählen.

Das Bezirksamt koordiniert im Katastrophenfall die Aktivitäten der Feuerwehr und anderen Hilfsorganisationen und sorgt für Aufenthalts- und Übernachtungsmöglichkeiten für Menschen, die ihre Wohnung verlassen müssen. Außerdem stellt es den Menschen an den Katastrophen-Leuchttürmen Informationen und Strom für Mobiltelefone und ähnliche wichtige Geräte bereit. Darüber hinaus informiert es online über die Lage. Im Fall einer Pandemie ist das Gesundheitsamt für die Verfügung von Kontaktpersonen und gemeinsam mit dem Ordnungsamt für die Durchsetzung der vom Land verhängten Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung verantwortlich. Das Ordnungsamt kann darüber hinaus bei der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im Allgemeinen unterstützen - dies ist abhängig vom konkreten Fall und ist zum Beispiel bei der kurzfristigen Evakuierung wegen der Bombenentschärfung an der Fischerinsel schon geschehen. Je nach Katastrophenart kann auch das Umwelt- und Naturschutzamt (für gefährdende Stoffe) beratend beteiligt sein.

VI.2. Wie wollen Sie erreichen, dass die Bewohner im Falle einer Katastrophe unmittelbar und umfassend informiert werden sowie praktische und bedarfsgerechte Hilfe erhalten? Wann wird für das Wohngebiet eine Sirene installiert?

Wir haben uns in der BVV für eine bessere Kommunikation bei Krisen und Katastrophen eingesetzt. Warnapps wie NINA oder KATWARN stellen einen wichtigen Baustein zur Verbreitung von Warnungen dar. Infolge unseres Antrages wurde ein Whatsapp-Informationskanal erstellt, über den mittlerweile über 800 Bürger:innen aus Mitte über aktuelle bevölkerungsschutzrelevante Themen aus dem Bezirk schnell informiert werden können. Sirenen spielen eine große Rolle darin, dass Menschen in der Hör-Umgebung direkt alarmiert werden. Für den Ausbau des Sirenennetzes sind Senat und Bund zuständig, wir werden das Bezirksamt fordern sich beim Senat für einen Ausbau auf noch leeren Flecken der Sirenenverteilung im Bezirk einzusetzen.

VI.3. Wie wollen Sie verbindlich regeln, dass neben dem Rathaus Mitte in der Karl-Marx-Allee auch andere Verwaltungsgebäude für Hilfeleistungen, wie das Aufladen mobiler Telefone, Befriedigung elementarer Hygienebedürfnisse, Aufwärmen/Abkühlen usw. zur Verfügung stehen?

Mitte ist bereits vorbildhaft was die Leuchttürme angeht. Hier sind die 3 Rathäuser im Bezirk gut vorbereitet. Wir setzen und mit unserem Bezirksamt für eine kontinuierliche Verbesserung in diesem Bereich ein.

VI.4. Hat das Bezirksamt eine Übersicht über hilfebedürftige Anwohner, um im Notfall evakuieren zu können? Falls nein, wie stellen Sie die Erstellung einer solchen sicher?

Unsere letzte Fragen an das hier verantwortliche Gesundheitsamt haben ergeben, dass eine solche Liste bisher nicht vorliegt. Wir fordern eine aktive Nutzung und Bewerbung des Notfallregisters (www.notfallregister.eu), damit hilfsbedürftige Personen, welche nicht z.B. in Pflegeheimen sondern allein wohnen, erreicht werden können. Wir Grüne sind ebenfalls der Überzeugung, dass eine bessere nachbarschaftliche Vernetzung, für die wir uns einsetzen, hier von großer Hilfe ist.

VI.5. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Anzahl der Notwasserbrunnen im Gebiet KMA II erhöht wird?

Die Notwasserpumpen sind in Mitte (und ganz Berlin) sehr ungleich verteilt. Von den noch vorhandenen sind aktuell viele defekt. Darin sehen wir eine große Gefahr für die Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere in Mitte rund um die KMA ist die Versorgung mit Notwasserbrunnen sehr schlecht. Wir werden uns auch bei den Wasserbetrieben weiterhin für eine Förderung und bessere Instandhaltung der Notwasserbrunnen einsetzen

VI.6. Was konkret werden Sie dafür tun, dass das Gebiet KMA II erstmals mehrere Trinkwasserbrunnen erhält?

Wir forderten in der BVV bereits einen Ausbau der Trinkbrunnen-Versorgung und werden uns weiter mit Anfragen und Anträgen dafür einsetzen. Der nächste und bekannte befindet sich am Straußberger Platz siehe <https://kuehle-orte.berlin.de/hsp/>. Das ist nicht ausreichend. Bei der Planung und Sanierung von Spielplätzen setzen wir uns über unseren Bezirksstadtrat für die Integration von Trinkbrunnen in die Spielplatzplanung ein.

VI.7. Mit welchen praktischen Maßnahmen werden Sie, beginnend unmittelbar nach den Wahlen im Herbst 2026, die von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius geforderte „Kriegstüchtigkeit“ im Gebiet KMA II herstellen? Welche Rolle spielt dabei die mögliche Reaktivierung ehemaliger Bevölkerungsschutzeinrichtungen?

Der Bevölkerungsschutz teilt sich auf in Zivil- und Katastrophenschutz - für den Zivilschutz (also die von Ihnen genannte "Kriegstüchtigkeit") ist der Bund zuständig, für den Katastrophenschutz die Länder und Gemeinden. Für uns steht im Zentrum,

dass die Bürgerinnen und Bürger bei Katastrophen und Krisen geschützt und sicher sind. Eine Rolle spielen selbstverständlich Schutzräume und die sogenannten Leuchttürme, aber auch eine Sicherstellung der Versorgung (z.B. mit Wasser, Strom, Kommunikationsdienste).